

## **UWG stellt fest:**

### **SPD ist in Kirchlengern Schuldentreiber Nr. 1**

Die SPD in Kirchlengern stellt in der Presse Forderungen die alle finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde Kirchlengern weit übersteigen. Da wird der Rückbau der Elsestraße gefordert. Einmal ganz abgesehen davon dass diese Straße notwendige Linksabbiegerspuren für Industriegebiete und Straßenverkehrsamt hat, hier soll eine Straße, die in einem sehr guten Zustand ist, ohne Not umgestaltet werden. Viele Kirchlengeraner würden sich über eine Straße in diesem Zustand vor ihrer Haustüre freuen. Wer dafür viel Geld in die Hand nehmen will, sollte sich erst einmal die Frage stellen, woher denn das viele Geld dafür kommen soll. Weiter wird ein Ankauf eines Grundstückes in Stift Querheim in Erwägung gezogen. Keiner aus der SPD hat anscheinend eine Idee was damit passieren soll, aber die Verwaltung soll tätig werden. Warum denn wohl trennt sich die Kommune von Grundstücken die die Gemeinde Kirchlengern nicht unbedingt benötigt, und von Gebäuden die nicht wirtschaftlich betrieben werden können? Ganz bestimmt nicht um eine Bank für das viele Geld der Gemeinde Kirchlengern dafür zu bauen. Da kritisiert Ratsmitglied Stahl in der Presse diese Vorgehensweise, die er oder seine Genossen selber in den Ausschüssen mit beschlossen haben. Dazu kommt nun auch noch, dass der Wert des Grundstückes ohne Notwendigkeit steigen wird. Nicht zuletzt wird eine Überplanung von ganz Südlengern und dem Ortskern Kirchlengern gefordert. Planungskosten würden entstehen, die viele Investitionen in den nächsten Jahren verhindern würden. Außerdem haben die Planungen der SPD in Kirchlengern bald „25-jähriges“. Denn so lange ist es her, dass der Ortskern in Kirchlengern überplant worden ist. Nur zur Durchführung ist es nicht gekommen.

Wenn dann noch der SPD-Chef suggeriert dass Einzelmaßnahmen nur zum Zwecke einer Wiederwahl des Bürgermeisters dienen, disqualifiziert sich Herr Tödtmann selber für ein „in Frage kommen“ in dieser Position. Wenn sich die SPD-Opposition ausschließlich auf Kosten der Steuerzahler profilieren will, sollte sie doch nicht den Bezug zur Realität verlieren.